



**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69

info@spschweiz.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)
Staatssekretariat für Sicherheitspolitik
triage@sepos.admin.ch

31.03.2026

SP-Stellungnahme zur Sicherheitspolitischen Strategie 2026

Sehr geehrter Herr Bundesrat Pfister,
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

1. Zusammenfassung

Die SP begrüsst die Sicherheitspolitische Strategie 2026 grundsätzlich. Besonders positiv ist der explizite «Ansatz der umfassenden Sicherheit», der Sicherheit nicht einseitig militärisch definiert, sondern wirtschaftliche, gesellschaftliche, technologische und ökologische Faktoren einbezieht. Gleichzeitig fällt auf, dass die Strategie fast ausschliesslich in der Sprache der Sicherheit formuliert ist und den Friedensaspekt zu wenig als eigenständige sicherheitspolitische Aufgabe der Schweiz versteht.

Die SP unterstützt insbesondere die Stossrichtungen zur Stärkung der Resilienz sowie zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung und der inneren Sicherheit. In diesen Bereichen werden die realen Bedrohungen für die Schweiz zutreffend beschrieben: Cyberangriffe, Desinformation, wirtschaftliche und technologische Abhängigkeiten, organisierte Kriminalität und Klimarisiken. Viele der vorgeschlagenen Massnahmen gehen in die richtige Richtung und verdienen Unterstützung. Aus Sicht der SP sollte die Strategie jedoch nicht nur auf die Stärkung der eigenen Resilienz ausgerichtet sein, sondern auch stärker auf jene internationalen Rahmenbedingungen eingehen, die Sicherheit überhaupt erst ermöglichen. Dazu gehören insbesondere die Stärkung von Völkerrecht und Multilateralismus sowie der aktive Beitrag zur Eindämmung grenzüberschreitender Risiken wie der Klimakrise oder neuer Aufrüstungsspiralen.

Die zentrale Schwäche der Strategie besteht darin, dass sie nicht mit einer klaren finanziellen und zeitlichen Priorisierung der Massnahmen verbunden ist.

Ohne eine solche Priorisierung besteht die Gefahr, dass weiterhin der Grossteil der verfügbaren Mittel in die konventionelle militärische Verteidigungsfähigkeit fliesst, während zentrale Bedrohungen wie Cyberangriffe, Desinformation oder Klimarisiken finanziell unterdotiert bleiben. Diese Diskrepanz zwischen Bedrohungsanalyse und Ressourcenallokation ist aus Sicht der SP die grösste Schwäche der vorliegenden Strategie. Hinzu kommt, dass die Strategie insgesamt zu deskriptiv und zu wenig handlungsleitend bleibt. Sie beschreibt zahlreiche Risiken und Ziele, sagt aber oft zu wenig klar, mit welchen konkreten Wegen diese Ziele erreicht werden sollen. Eine Strategie muss nicht nur benennen, was relevant ist, sondern auch darlegen, wie Zielkonflikte entschieden und welche Mittel priorisiert werden.

Zudem basiert die Strategie teilweise auf einer unrealistischen Ableitung militärischer Bedrohungen. Während hybride Bedrohungen zutreffend beschrieben werden, wird die Wahrscheinlichkeit eines konventionellen militärischen Angriffs auf die Schweiz nicht klar genug eingeordnet. Daraus ergibt sich eine Schwerpunktsetzung, die aus Sicht der SP nicht den tatsächlichen Risiken entspricht. Darüber hinaus bleibt die Strategie in ihrer sicherheitspolitischen Herangehensweise insgesamt zu reaktiv. Sie zeigt vor allem auf, wie sich die Schweiz an ein verändertes Umfeld anpassen soll, aber zu wenig, wie sie dieses Umfeld im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv mitgestalten kann.

Schliesslich enthält die Strategie eine zentrale Leerstelle im institutionellen Bereich. Sie hält fest, dass die Feststellung eines bewaffneten Angriffs auf die Schweiz «ein politischer Entscheid» sei (S. 35-36), ohne jedoch zu präzisieren, welche Rolle Bundesrat und Parlament in einem solchen Fall konkret wahrnehmen. Angesichts der weitreichenden Konsequenzen eines solchen Entscheids ist diese Unklarheit problematisch und muss im weiteren Prozess geklärt werden.

2. Grundsätzliches

Die SP würdigt ausdrücklich den in der Strategie verankerten Ansatz der umfassenden Sicherheit. Dieser Ansatz ist geeignet, den heutigen Bedrohungen Rechnung zu tragen, da er Sicherheit nicht eng auf einen klassischen militärischen Konflikt reduziert, sondern auch Cyberbedrohungen, Desinformation, wirtschaftliche Abhängigkeiten, Klimarisiken, Pandemien und gesellschaftliche Polarisierung einbezieht. Die Strategie anerkennt damit, dass Sicherheit im 21. Jahrhundert vor allem durch die Resilienz von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bestimmt wird. Die SP erwartet jedoch, dass die Strategie die normativen Grundlagen schweizerischer Sicherheitspolitik klarer beschreibt. Zwar spricht sie von Werten und Interessen, doch bleibt unklar, welche Werte im Zentrum

stehen und worin sie sich von blossen Interessen unterscheiden. Aus Sicht der SP muss deutlicher werden, dass sich Schweizer Sicherheitspolitik an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Völkerrecht, sozialem Zusammenhalt und internationaler Solidarität orientiert.

Auch zwei der drei strategischen Stossrichtungen sind grundsätzlich zu begrüßen. Die SP unterstützt die Stossrichtung zur Stärkung der Resilienz sowie jene zur Verbesserung des Schutzes der Bevölkerung und der inneren Sicherheit ausdrücklich. In diesen Bereichen liegt der Schwerpunkt der realen Bedrohungen für die Schweiz. Kritisch beurteilt die SP hingegen die Stossrichtung zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit in der vorliegenden Form. Zum Ansatz der umfassenden Sicherheit gehört aus Sicht der SP zudem, dass der Zivildienst nicht nur am Rande erwähnt, sondern als eigenständiger Bestandteil ziviler Sicherheitspolitik mitgedacht wird. Er trägt bereits heute zur Bewältigung von Katastrophen, Notlagen und gesellschaftlichen Belastungslagen bei und sollte deshalb in der Strategie sichtbarer verankert werden.

Die Strategie hält fest, die Schweiz solle sich «so gut wie möglich eigenständig gegen einen bewaffneten Angriff verteidigen können» (S. 6). Diese Annahme ist aus Sicht der SP nicht realistisch. Selbst Israel, welches 2024 ganze 8.8 Prozent seines BIP für Verteidigung aufwendete, ist für seine Verteidigung auf internationale Kooperation angewiesen. Dies zeigte beispielsweise der Raketen- und Drohnenangriff des Irans auf Israel vom April 2024, bei dem internationale Partner Israel massgeblich unterstützten. Eine autonome Verteidigung gegen einen grossangelegten militärischen Angriff ist für die Schweiz weder plausibel noch finanzierbar. Problematisch ist vor allem, dass diese Zielsetzung in der politischen Praxis dazu führt, dass ein grosser Teil der verfügbaren Ressourcen weiterhin in konventionelle militärische Fähigkeiten investiert wird, während andere sicherheitspolitische Bereiche strukturell unterfinanziert bleiben. Unklar bleibt zudem, wie die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Abhängigkeiten konkret reduzieren will. Besonders die technologische und rüstungsbezogene Abhängigkeit von den USA ist offensichtlich, wird in der Strategie aber nicht genügend problematisiert. Wenn die Schweiz ihre strategische Handlungsfähigkeit stärken will, muss sie aufzeigen, in welchen Bereichen sie Abhängigkeiten verringern, europäische Kooperation vertiefen und eigene Schlüsselkompetenzen stärken will.

Die Strategie hält selbst fest, dass ein umfassender direkter Angriff auf die Schweiz «in absehbarer Zeit [...] unwahrscheinlich» ist (S. 10). Diese Einschätzung teilt die SP. Der einzige Staat, der theoretisch zu einem konventionellen Angriff auf die Schweiz fähig und willens wäre, ist Russland. Gleichzeitig zeigt

der Krieg in der Ukraine, dass Russland selbst gegenüber einem einzelnen europäischen Staat, der Ukraine, erhebliche militärische Schwierigkeiten hat. Ein Angriff mit Bodentruppen auf die Schweiz ist daher kein realistisches Szenario. Gerade deshalb sollte die Strategie klarer benennen, wie sie mit der Frage konkreter Bedrohungsakteure umgeht. Entweder gibt es keine klar bezeichneten staatlichen Gegner, dann ist dies ausdrücklich festzuhalten, oder es ist offenzulegen, von welchen Akteuren in welchen Szenarien konkrete Gefahren ausgehen. Eine Strategie darf nicht zwischen einer Logik diffuser Risiken und einer impliziten Feindbildlogik oszillieren, ohne dies politisch einzuordnen.

Die Strategie anerkennt zudem, dass künftige Bedrohungen primär in Form hybrider Aktionen auftreten werden (S. 10). Daraus muss jedoch eine klare Priorisierung folgen: Cyberabwehr, Schutz kritischer Infrastrukturen, Abwehr von Drohnen und Raketen sowie der Kampf gegen Desinformation müssen im Zentrum der Sicherheitsanstrengungen stehen. Diese Priorisierung fehlt bislang. Die SP fordert, dies nachzuholen und die Strategie entsprechend zu ergänzen.

Die SP ist zudem der Auffassung, dass die Strategie das sicherheitspolitische Risikospektrum noch breiter und systematischer erfassen sollte. Insbesondere wäre eine deutlichere Hervorhebung der sicherheitspolitischen Folgen unkontrollierter KI-Entwicklungen und die Gefahren neuer nuklearer Aufrüstung zentral. Darüber hinaus sollte die Strategie im Sinne einer umfassenden Sicherheit ausdrücklich auch Ernährungs-, Wasser-, Energie- und Gesundheitssicherheit als sicherheitspolitisch relevante Handlungsfelder benennen. Gerade in diesen Bereichen zeigt sich, dass wirksame Sicherheitspolitik eine engere Koordination zwischen Aussen-, Klima-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik voraussetzt.

Die SP teilt die Analyse, dass Desinformation und Beeinflussungsaktivitäten die politische Stabilität gefährden können (S. 9). Ebenso teilt sie die Einschätzung, dass Klimawandel und Pandemien sicherheitspolitische Auswirkungen haben (S. 9). Allerdings stehen die dafür vorgesehenen Ressourcen in keinem Verhältnis zu den Mitteln, die in konventionelle militärische Fähigkeiten investiert werden. Die Umsetzung der Strategie muss daher konsequent an der realen Bedrohungslage ausgerichtet werden. Dies gilt auch für die wahrscheinliche weitere Proliferation von Nuklearwaffen. Die Strategie müsste klarer darlegen, was diese Entwicklung für die Schweiz bedeutet, insbesondere hinsichtlich Schutz der Bevölkerung, internationaler Rüstungskontrolle, Diplomatie und eigener sicherheitspolitischer Vorsorge. Dazu gehört auch, dass sich der Bundesrat aktiv für eine Stärkung des multilateralen Systems der nuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung einsetzt und endlich den Vertrag über das Verbot von Kernwaf-

fen (TPNW) unterzeichnet und ratifiziert, wie es das Parlament mit der überwiesenen Motion 17.4241 verlangt hat. Zudem sollte geprüft werden, ob Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Strategie als eigener Punkt oder zumindest mit einer eigenständigen Massnahme verankert werden müssen. Wenn die Schweiz günstige internationale Sicherheitsbedingungen stärken will, braucht es auch in diesem Bereich konkrete Instrumente und entsprechende Ressourcen.

Eine zentrale Lücke besteht zudem in der institutionellen Dimension. Die Strategie hält fest, dass die Feststellung eines bewaffneten Angriffs gegen die Schweiz «ein politischer Entscheid» sei (S. 35-36). Diese Formulierung ist unzureichend. Die Feststellung eines bewaffneten Angriffs hat weitreichende Konsequenzen: Das Neutralitätsrecht gilt in diesem Fall nicht mehr, militärische Kooperation mit Partnerstaaten wird möglich. Gerade vor dem Hintergrund hybrider Konfliktformen, bei denen die Grenze zwischen Frieden und Krieg zunehmend verschwimmt, ist eine klare institutionelle Regelung unerlässlich. Die SP fordert daher, dass der politische Entscheidungsprozess präzise definiert wird. Es muss klar festgelegt werden, welche Rolle dem Bundesrat und welche Rolle dem Parlament bei der Feststellung eines bewaffneten Angriffs zukommt. Insbesondere ist zu klären, in welcher Form das Parlament einbezogen werden muss. Eine derart zentrale Frage darf nicht im Ungefähren bleiben. Zudem genügt es nicht, bloss auf einen politischen Entscheid zu verweisen. Die Strategie muss anerkennen, dass es nicht nur die Zustände Krieg und Frieden gibt, sondern vielfältige Grauzonen dazwischen. Gerade in hybriden Konflikten braucht es nachvollziehbare Kriterien und konzeptionelle Anhaltspunkte dafür, wie Eskalationsstufen eingeordnet und welche rechtlichen und politischen Folgen daraus abgeleitet werden.

3. Kommentar zu Zielen und Massnahmen sowie Anträge

Die SP begrüsst Ziel 1 zur Stärkung des Sicherheitsbewusstseins grundsätzlich. Eine resiliente Gesellschaft ist eine zentrale Voraussetzung für Sicherheit. Auch Massnahme 1 geht in die richtige Richtung.

Bei Massnahme 2 zur Bekämpfung von Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation besteht jedoch erheblicher Nachbesserungsbedarf. Die Strategie setzt primär auf Sensibilisierung und auf die Arbeit einer interdepartementalen Arbeitsgruppe. Angesichts der zunehmenden Intensität und Professionalität staatlich gesteuerter Desinformationskampagnen ist dies unzureichend. Die vorgesehene Regulierung grosser Kommunikationsplattformen bleibt vage und in ihrer bisherigen Ausgestaltung weitgehend zahnlos. Dies steht im Wider-

spruch zur Bedrohungsanalyse der Strategie. Aus Sicht der SP braucht es wirksamere regulatorische Instrumente sowie eine aktivere Rolle der zuständigen Behörden bei der Bekämpfung von Desinformation und Beeinflussungsaktivitäten.

Ziel 2 zur Stärkung der Früherkennung und Antizipation sowie die entsprechenden Massnahmen werden unterstützt. Eine verbesserte Lageanalyse ist angesichts der zunehmenden Komplexität der Bedrohungslage zentral. Auch Ziel 3 und die vorgesehenen Massnahmen im Bereich Krisenmanagement sind aus Sicht der SP sinnvoll.

Bei Ziel 4 zur Stärkung krisenfester Infrastrukturen unterstützt die SP die inhaltliche Ausrichtung der Massnahmen. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist eine zentrale Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft. Allerdings weist die SP darauf hin, dass das Bundesamt für Cybersicherheit, trotz einer kürzlichen Budgeterhöhung durch das Parlament, weiterhin nicht über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügt. Ohne eine substanzielle Stärkung dieser Kapazitäten bleiben die vorgesehenen Massnahmen unzureichend.

Im Bereich der wirtschaftlichen und technologischen Sicherheit begrüsst die SP die vorgesehenen Massnahmen zur Reduktion strategischer Abhängigkeiten. Angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz ist eine verstärkte europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich jedoch unerlässlich und sollte in der Strategie stärker betont werden. Zudem greift die Strategie im technologischen Bereich noch zu kurz. Sie sollte ausdrücklich auch Dual-Use- und General-Purpose-Güter in den Blick nehmen, also Technologien und Güter mit zivilem Ursprung, die sicherheitspolitisch relevant werden können. Gerade für den Schutz und die Stärkung des Technologiestandorts Schweiz ist dies zentral. Zu prüfen sind deshalb auch weitergehende exportkontrollrechtliche und industriepolitische Instrumente, soweit dies zur Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen erforderlich ist. Die Schweiz sollte sich in diesem Bereich als nützlicher und verlässlicher Partner positionieren. Dabei geht es nicht in erster Linie um Kriegsmaterial, sondern um Innovation, Resilienz, Schutz kritischer Technologien und den strategischen Nutzen des Forschungs- und Technologiestandorts Schweiz.

Den Ausbau der militärischen Friedensförderung (Massnahme 16) begrüsst die SP ausdrücklich. Friedensfördernde Einsätze leisten einen wichtigen Beitrag zur internationalen Stabilität und damit auch zur Sicherheit der Schweiz. Die SP erwartet, dass die entsprechenden personellen Ziele künftig konsequent umgesetzt werden. Konkret sollen mindestens 500 Angehörige der Armee in frie-

densfördernden Einsätzen tätig sein. Ebenso unterstützt sie Beiträge zur internationalen Stabilität und Entwicklungszusammenarbeit, weist jedoch darauf hin, dass Kürzungen in diesen Bereichen die Wirksamkeit der Sicherheitspolitischen Strategie untergraben.

Im Bereich der inneren Sicherheit begrüsst die SP die vorgesehenen Massnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Massnahme 23) und zur Stärkung der internationalen Polizeikooperation (Massnahme 24). Sie fordert jedoch, dass die konsequente Umsetzung internationaler Sanktionen, insbesondere gegen russische Oligarchen, ausdrücklich Teil dieser Massnahmen wird. Auch die Stärkung der Massnahmen gegen Geldwäscherei (Massnahme 26) ist aus Sicht der SP prioritär umzusetzen. Beim Ausbau des Datenaustauschs zwischen Behörden ist der Datenschutz konsequent zu gewährleisten.

Die Massnahmen im Bereich Bevölkerungsschutz werden grundsätzlich unterstützt. Gleichzeitig lehnt die SP jede Schwächung des Zivildienstes ab. Die Attraktivität der Armee darf nicht durch Einschränkungen beim Zivildienst erhöht werden. Eine Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz wird abgelehnt. Darüber hinaus ist aus Sicht der SP zu prüfen, an welchen Stellen der Strategie der Zivildienst als sicherheitspolitisch relevanter Akteur ausdrücklich genannt werden sollte, insbesondere dort, wo es um Resilienz, Gesundheitsversorgung, Bewältigung von Notlagen und den Schutz der Bevölkerung geht.

Ziel 9 zur verteidigungsbereiten Armee beurteilt die SP kritisch. Die Schliessung von Fähigkeitslücken im Bereich schwerer konventioneller Systeme (Massnahme 34) entspricht nicht der realistischen Bedrohungslage. Die SP lehnt insbesondere den Aufbau weitreichender offensiver Fähigkeiten ab (Massnahme 37). Eine solche Ausrichtung birgt Eskalationsrisiken und steht im Widerspruch zum bisher defensiven Charakter der Schweizer Sicherheitspolitik.

Die stärkere Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung wird hingegen begrüsst (Massnahme 35). Die angestrebte Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der Europäischen Union sowie die Beteiligung an europäischen Beschaffungsmassnahmen sind aus Sicht der SP prioritär umzusetzen. Ebenso wird der Ausbau des Austauschs von Luftlagedaten (Massnahme 43) und die Leistung von Beiträgen an die europäische Sicherheit (Massnahme 45) ausdrücklich unterstützt. Dabei muss jedoch deutlicher werden, dass internationale Kooperation keine Einbahnstrasse sein kann. Die Schweiz kann nicht nur Unterstützung europäischer Partner erwarten, sondern muss selbst sichtbar bereit sein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Beiträge zur gemeinsamen Sicherheit, zur Krisenbewältigung und zur Stabilisierung des europäischen Umfelds zu leisten. Internationale Kooperation sollte daher als Querschnittsaufgabe über alle Stossrichtungen hinweg verstanden werden und

nicht nur im engeren verteidigungspolitischen Sinn. Die SP ist zudem der Auffassung, dass die Schweiz sicherheitspolitisch nicht als Sicherheitsvakuum in Europa wahrgenommen werden darf. Die Strategie sollte deshalb klarer aufzeigen, wie die Schweiz durch Resilienz, verlässliche Kooperation, Schutz kritischer Infrastrukturen, wirksame Sanktionen und konkrete Beiträge an die europäische Sicherheit als glaubwürdige Partnerin wahrgenommen werden will.

Abschliessend hält die SP fest, dass die Sicherheitspolitische Strategie nur dann wirksam sein kann, wenn sie mit einer klaren finanziellen und zeitlichen Priorisierung hinterlegt wird. Ansonsten bleibt sie ein über weite Strecken analytisch richtiges, aber kaum wirksames Papier. Die vorhandenen Ressourcen müssen konsequent auf jene Bedrohungen ausgerichtet werden, die für die Sicherheit der Schweiz und Europas tatsächlich relevant sind. Nur so kann die Strategie ihre Wirkung entfalten und zur realen Sicherheit von Bevölkerung und Staat beitragen. Dazu gehört auch, Sicherheitspolitik nicht nur als Reaktion auf Bedrohungen, sondern als aktive Friedens-, Resilienz- und Kooperationspolitik zu verstehen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Severin Meier
Politischer Fachreferent